

Die Rot-Grüne Ausstiegslüge

Die Bi Lüchow-Dannenberg und 100 weitere Organisationen rufen zur Teilnahme an der überregionalen Anti-Atom-Demo am Samstag, den 29. Oktober, in Lingen auf – mit der Forderung **„Atomkraft jetzt den Saft abdrehen - Uranfabriken schließen!“**
<http://weltweit.nirgendwo.info/demo/>

Die Rot-Grüne Bundesregierung hat kurz nach ihrem so gelobten Atomausstieg 2001 die Zustimmung zum Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau erteilt – eine der weltweit größten Ihrer Art und das ohne jede zeitliche Befristung.

Zitat aus der TAZ: **„Von Ausstieg keine Spur**

Die Brennelementefabrik Lingen bildet zusammen mit der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau und dem AKW Emsland einen Cluster der Atomindustrie im Dreiländereck zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden.

In Lingen wird angereichertes Uran aus der UAA Gronau in Brennstabform gepresst – das ermöglicht den Einsatz des radioaktiven Materials in Atomkraftwerken überhaupt erst. Beliefert werden auch Meiler in Frankreich, Belgien, Großbritannien, Schweden, Finnland, Spanien und der Schweiz. Brennelementefabrik und UAA sind vom Atomausstieg ausdrücklich ausgenommen: **Beide Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung** – die Urananreicherung ermöglicht Deutschland zumindest theoretisch den Bau von Atomwaffen.“

Der damalige grüne Umweltminister Trittin war es dann auch, der bei dem von ihm so hochgelobten vermeintlichen Atomausstieg 2001 den Atomkonzernen die novellierte Strahlenschutzverordnung mit dem 10-Mikrosievert-Konzept als Gegenleistung geschenkt hat, mit dem seither als unverrückbares Dogma die Atomkonzerne ihren AKW-Bauschutt auf Hausmülldeponien abladen dürfen oder den Metallschrott zu Jeans-Knöpfen, Trompeten, Autokarosserien, Konservendosen, Bratpfannen, Kochtöpfen und anderes mehr "recyclieren" dürfen, was einer flächendeckenden Verseuchung der Bevölkerung gleichkommt. Siehe Link unter dem Titel „Die Homöopatisierung der Radioaktivität“:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2015.11-Die-Hom%C3%B6opatisierung-der-Radioaktivit%C3%A4t11.pdf>

Der so betonte Atomausstieg 2001 war reine Augenschwärze und in Wahrheit eine Absicherung der AKW-Restlaufzeiten für die Atomindustrie, die sich an die ohnehin vorgesehene Lebensdauer der jeweiligen AKW's orientierte.

Obendrein wird die Bevölkerung nun mit dem 10-Mikrosievert-Konzept belastet, das Trittin der Atomindustrie „geschenkt“ hat und als Verhandlungserfolg hingestellt wurde. *Jetzt soll eine AKW-Rückstellungen-Kommission den Ausstieg sichern*

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/akw-rueckstellungen-kommission-soll-denausstieg-sichern/12452016.html>

und **oh wunder, wer ist dort unter den 3 Chefs?**

Wieder Jürgen Trittin als „bewährter“ Verhandlungsführer mit der Atomlobby.

Dr. Karsten Hinrichsen von der Initiative <http://www.brokdorf-akut.de/about/> stellt die Frage, warum überhaupt radioaktiver Abfall nach irgend einem Mikrosievert-Wert in den Lebenskreislauf der Menschen und Tiere gelangen soll.

Er und andere forderten eine Null-Toleranz-Grenze.

In dem Buch von Cornelia Hesse-Honegger

"Macht der schwachen Strahlung"

zeigt sie uns, was die Atomindustrie verschweigt. Es ist eine spannende Beschreibung ihrer Auseinandersetzung mit der Wirkung von radioaktiver Strahlung auf die Natur einerseits und den Lügen und dem straffreien Mordens von Mensch und Natur durch die Atomindustrie andererseits – sie gibt einen Überblick über Gefahren und dem Zustand der Atomindustrie von der Uranmine bis zum Endlager-Problem. Siehe auch unter diesem Link:

<https://translate.google.de/translate?hl=de&sl=en&u=http://www.wissenskunst.ch/&prev=search>

Die TAZ berichtet dazu am 6. Oktober 2016:

„AKW-Gegner wollen kompletten Ausstieg

Protest gegen Gorleben und Lingen

Atomkraftgegner fordern das Aus für die Atom-Brennelementefabrik in Lingen – und die Streichung des Salzstocks Gorleben von der Liste der Endlagerstandorte.

<https://www.taz.de/AKW-Gegner-wollen-kompletten-Ausstieg/!5341182/>

BOCHUM *taz* | Vor den Wahlen im Bund sowie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erhöht die Anti-Atom-Bewegung ihren Druck auf SPD und Grüne: Zu einer Großdemonstration gegen die Atombrennstofffabrik Lingen im Emsland mobilisieren mehr als 100 Organisationen, darunter auch Kreis- und Ortsverbände der Grünen selbst. „Wir freuen uns sehr, dass auch Atomkraftgegner aus Frankreich und Belgien nach Lingen kommen“, sagt Matthias Eickhoff von der Initiative Sofortiger Atomausstieg.

Der Besuch der Nachbarn ergibt Sinn: Betrieben wird die Lingener Anlage vom französischen Konzern Areva, und ihre Kundenliste liest sich wie ein Who 's who der internationalen Atomindustrie. Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der

Bundestags-Linksfraktion mitteilte, wurden zwischen 2009 und 2014 aus dem Emsland heraus insgesamt 46 Reaktorblöcke mit Nuklearbrennstoff versorgt – darunter auch die als besonders gefährlich geltenden Atomkraftwerke Doel in Belgien sowie Cattenom und Fessenheim in Frankreich.

Lingen beliefert den „Bröckel-Reaktor“ Doel

Umweltschützer halten das für einen Skandal. Zusammen mit dem baugleichen Meiler Tihange gilt etwa der „Bröckel-Reaktor“ Doel – wie Nordrhein-Westfalens Grünen-Umweltminister Johannes Remmel es formuliert hat – als so gefährlich, dass die Düsseldorfer Landesregierung zum Schutz der Bevölkerung 21 Millionen Jodtabletten bestellt hat; der Wirkstoff soll verhindern, dass der menschliche Körper im Fall eines atomaren „Zwischenfalls“ über die Schilddrüse vermehrt radioaktive Partikel einlagert.

Von Ausstieg keine Spur

Die Brennelementefabrik Lingen bildet zusammen mit der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau und dem AKW Emsland einen Cluster der Atomindustrie im Dreiländereck zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden.

In Lingen wird angereichertes Uran aus der UAA Gronau in Brennstabform gepresst – das ermöglicht den Einsatz des radioaktiven Materials in Atomkraftwerken überhaupt erst.

Beliefert werden auch Meiler in Frankreich, Belgien, Großbritannien, Schweden, Finnland, Spanien und der Schweiz.

Brennelementefabrik und UAA sind vom Atomausstieg ausdrücklich ausgenommen: Beide Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung – die Urananreicherung ermöglicht Deutschland zumindest theoretisch den Bau von Atomwaffen.

Übertrieben ist das nicht: In den Reaktordruckbehältern am Standort Doel fanden sich mehr als 16.000 Risse. Und im April warnte Luxemburgs Premier Xavier Bettel, bei einem GAU in Cattenom drohe sein Land „ausradiert“ zu werden.

Für gefährlich hält die Meiler auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Sie bat die belgische Regierung „dringend“, Doel und Tihange nicht wieder anzufahren – ohne Erfolg. Allerdings: Über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa), das ihr in Atomfragen untersteht, genehmigt Hendricks die Lieferung von Lingener Atombrennstäben an die Risiko-Meiler.

„Doel, Cattenom oder Fessenheim können jederzeit hochgehen“, so Angelika Claußen von der Vereinigung Internationaler Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), die ebenfalls zu der Demo in Lingen Ende Oktober aufruft. „Nichts kann

widersprüchlicher sein, als trotzdem Brennelemente zu liefern.“

Umweltminister Wenzel soll Druck machen

Auch Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne), dem auch die Landes-Atomaufsicht untersteht, sei gefordert, findet Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Zwar habe sich die Umweltministerkonferenz – auf Druck Wenzels und seines NRW-Amtskollegen Rimmel – für ein Ende der Brennstoffproduktion in Lingen ebenso ausgesprochen wie für ein Ende der Urananreicherung in Gronau, aber das reiche nicht, so die Aktivistin zur taz: „Beide Standorte haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung“, sagt sie: „Es existiert überhaupt kein Ausstiegskonzept.“ Wenzel müsse mehr Druck auf Hendricks ausüben, fordert Rudek. Auch eine intensive Sicherheitsüberprüfung der Brennelementefabrik sei überfällig.

Verstärkt unter Druck ist Wenzel auch in der Frage einer möglichen Nutzung des Salzstockes Gorleben als Atom-Endlager. Seine jüngste Ankündigung, den „gesamten Erkundungsbereich“ Gorlebens noch vor der Landtagswahl Anfang 2018 außer Betrieb zu nehmen und „alle dazugehörigen Anlagen und Systeme“ entfernen zu lassen, seien bloßes „Politsprech“, kritisiert der Atomkraftgegner Wolfgang Ehmke, der sich ebenfalls in der BI Lüchow-Dannenberg engagiert. Für rund 30 Millionen Euro jährlich werde Gorleben in einem „Stand-by-Betrieb“ gehalten, argumentiert Ehmke – und fordert von der rot-grünen Landesregierung eine Bundesratsinitiative: „Deren Ziel muss sein, den unsicheren Salzstock Gorleben endgültig von der Liste möglicher Endlager zu streichen.“

Weitere Hintergrund-Infos:

.) Das belgische AKW Tihange liegt nur rund 65 Kilometer Luftlinie von Aachen entfernt und sollte wegen Überalterung und tausender festgestellter Haarrisse im Druckbehälter längst vom Netz.

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Tihange-Doel1.pdf>

Kommt es beim Tihange+Doel-Atom-Roulette zum GAU, sind Deutschland und halb Europa betroffen.

.) Der Begriff „Endlager“ wird überhaupt nicht in Frage gestellt, so als ob in der Zukunft ein Endlager überhaupt möglich sei. Kein Gestein kann gesichert und dauerhaft verhindern, dass die freiwerdende Radioaktivität nicht in die Biosphäre gelangt. Der Zeitpunkt wird bewusst nur hinausgezögert – nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Schon die kurzlebigen Erfahrungen bei den Beispielen der lecken Fässer in Brunsbüttel und im noch größeren Stil in der Asse zeigen, dass der Atommüll zugänglich und ewig mit größter Sorgfalt bedient werden muss.

Das wird quasi zu einer der wichtigen Überlebensaufgaben der Menschheit. Dafür werden „uns“ die nachfolgenden Generationen auch auf ewig verfluchen. Natürlich passt sich Politik Hand in Hand mit der Atomlobby und der herrschenden Wissenschaft (herrschende Wissenschaft ist auch immer Wissenschaft für die Herrschenden) flugs geschmeidig dem Problem theoretisch an – selbst in Frankreich haben sie sich bereits den Begriff „Rückholbarkeit“ propagandistisch einverleibt. Es ist aber nicht mehr als eine zur Beruhigungspille gestanzte Worthülse. Das ist schon allein daran festzumachen, dass die zukünftige CASTOR-Bahn auf der neuen Bahnlinie 100 Jahre lang zwei CASTOR-Transporte pro Woche durchführen will. Der umgekehrte Weg der Rückholbarkeit wird in der Planung nicht einmal erwähnt – geschweige denn realistisch durchgespielt – abgesehen davon, dass Ereignisse eintreten können, wie in der Asse, wo eine gemächliche Rückholung über 100 Jahre nicht gegeben ist, weil z. B. nach einem französischen Gutachten unterhalb des Tonschiefers von Bure heiße Quellen sind, die durch geologische Auffälligkeiten schnell nach oben ins Endlager einschließen können – vor allen Dingen auch mangels Zuständigkeit wegen der Kosten, die als Rückstellung dafür nicht einmal in der Phantasie gedacht werden.

Solche und ähnliche Beispiele sind weltweit endlos.

.) Der Rot-Grüne Senat in Hamburg mit seinem Wirtschaftsminister Frank Horch (ein strammer Atomkraft-Befürworter) sichert weiterhin den wöchentlich mehrfachen Atomtransport durch Hamburg - auch eine Voraussetzung für die Produktion in Gronau und Lingen.

Dazu diese Links:

.)Der Hamburger Hafen – Das Tor zum Tod:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Tor-zum-Tod.pdf>

.) Der Hamburger Hafen und der Atomstaat Indien:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2015.09-Hafen-Hamburg-und-Indien.pdf>

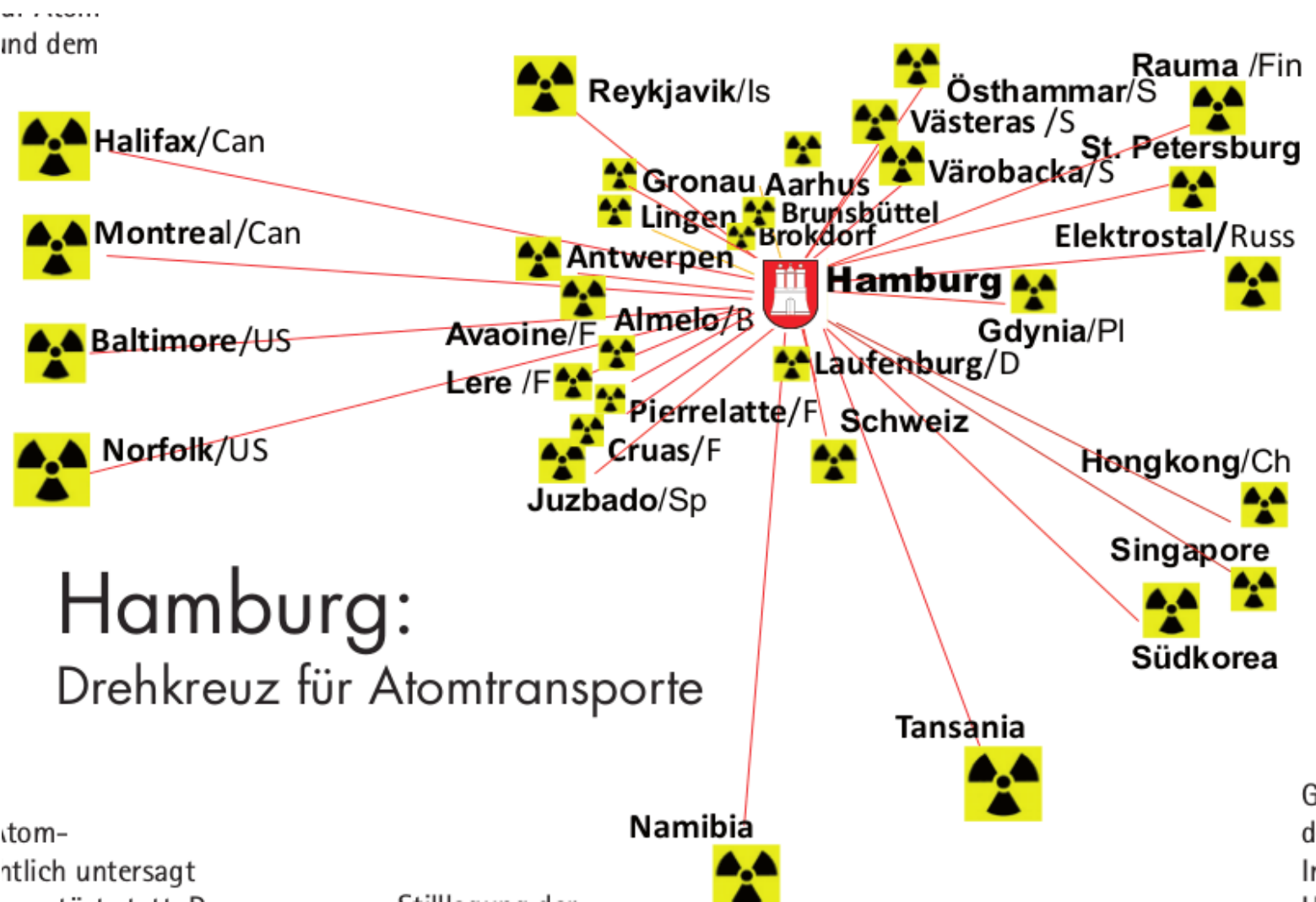
.) Keine Brennelementefabrik in Lingen:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Keine-Brennelementefabrik.pdf>

.) **Nachfolgend eine Info und Grafik von Dirk Seifert zu Hamburgs Atom-Transporten:**

Atomtransporte zur Versorgung für den Betrieb von AKWs? Da ist auch Hamburg immer noch eine der besten Adressen. Zwischen 160 und 170 solcher Transporte gehen im Schnitt Jahr für Jahr durch die rot-grün regierte Hansestadt. Laut Koalitionsvertrag sollen die Atomtransporte beendet werden, im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung mit den (städtischen) Umschlagsunternehmen. Doch während SPD-Fraktionschef Dressel sich wie jüngst beim N-Club rausredet ([Mopo](#)), verharret der grüne Koalitionspartner im geduldigen Nichts-Tun. Der [Arbeitskreis Energie des Hamburger BUND](#) macht die Atomtransporte durch die Elbmetropole jetzt [mit einem Flyer](#) (PDF) zum Thema und zeigt (siehe Grafik*), welche Bedeutung der Hafen für den weltweiten Atomhandel und Betrieb von AKWs hat.

Grafik von Dirk Seifert:



Vom BBU kommt diese Meldung:

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Gronau/Ahaus/Bonn, 13. Oktober 2016

AtomkraftgegnerInnen von grünem Wahlprogramm enttäuscht:

- keine konkreten Aussagen zur Stilllegung Urananreicherung Gronau
- keine konkreten Aussagen zur Uranmülllagerung in Gronau
- keine konkreten Aussagen zum Atommüll-Zwischenlager Ahaus
- keine konkreten Aussagen zum Atomtransporte-Stopp in NRW

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sind enttäuscht vom Entwurf des Wahlprogramms der NRW-Grünen. Zwar wird allgemein der Ausstieg aus der Urananreicherung in Gronau gefordert, aber es fehlen jegliche konkrete Aussagen, wie und wann dies erreicht werden soll. Es wird weder der einstimmige Stilllegungsbeschluss der Landesumweltminister vom Juni noch das Gesprächsangebot von Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) vom Juli erwähnt. Auch ein angepeiltes Stilllegungsdatum fehlt und zur geplanten Eröffnung der neuen Uranmüllhalle in Gronau in 2017 – einem neuen großen Atommülllager für NRW, dessen Lagerung zeitlich nicht befristet ist – findet sich im Entwurf des Wahlprogramms kein Wort.

"Was die NRW-Grünen für die Landtagswahl in 2017 zum Thema Atomenergie formuliert haben, ist völlig ungenügend und fällt sogar hinter das grüne Wahlprogramm von 2012 und den aktuellen Koalitionsvertrag mit der SPD zurück. Die realen Probleme der Urananreicherung in Gronau, z. B. die Belieferung des belgischen AKW-Betreibers Electrabel mit angereichertem Uran, werden nicht konkret angeprangert. Unerwähnt bleibt, dass 2017 in Gronau mit der Uranmüll-Lagerhalle ein neues riesiges Atommülllager in NRW in Betrieb gehen soll, dessen Entsorgung völlig ungeklärt ist. Was ist aktuell aus dem Gesprächsangebot der Bundesumweltministerin zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage geworden? Die NRW-Grünen müssen jetzt vor der Landtagswahl als Regierungspartei handeln, anstatt schwammige Wahlprogramme zu entwerfen," so Udo Buchholz vom BBU und Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

Sehr enttäuscht sind die Anti-Atomkraft-Initiativen auch vom Programmteil zu den zahlreichen Atomtransporten durch NRW und zum Atommüll-Zwischenlager Ahaus. "Zwar findet sich erneut die Formulierung, dass der hochradioaktive Atommüll aus Jülich nur noch einmal, nämlich in

ein Endlager, transportiert werden soll. Aber ein Transport der 152 Castoren ins Zwischenlager Ahaus wird nicht explizit abgelehnt, Ahaus wird als ein zentraler Atommüllstandort in NRW nicht einmal erwähnt. Auch findet sich keine Forderung nach einem Stopp der gefährlichen Atom(müll)transporte durch NRW – das ist sehr schwach. Offensichtlich beugt sich die grüne NRW-Parteispitze schon jetzt möglichen Koalitionspartnern und verzichtet deshalb auf klare Atomausstiegsforderungen," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen werden weiterhin von der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf einen klaren Ausstiegsfahrplan für alle Atomanlagen in NRW einfordern. Und für die Wahlprogramme zur Landtagswahl im nächsten Jahr fordern die Initiativen von den Parteien klare und eindeutige Aussagen zu den Atomanlagen in NRW.

Weitere Infos:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bi-ahaus.de, www.bbu-online.de

Und last but not least:

In die Liste der Atom-Köpfe wurde der schleswig-holsteinische grüne Wendehals-Minister Robert Habeck aufgenommen.

Die Liste spiegelt Menschen „für das Atom-Verbrechen“ wieder:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Habeck-in-Liste-der-Atomk%C3%B6pfe.pdf>

Atomausstieg bezüglich STOP neuer AKWs:

<https://www.youtube.com/watch?v=OXge3yAdNoo>

Im Nachwort von Fritz Storim zum Film „Unser gemeinsamer Widerstand“ wird deutlich gemacht, dass der „Atomausstieg“ - was den Bau neuer Atomkraftwerke angeht - durch den Widerstand erfolgte. Nach Brokdorf wagte der Staat nicht, noch ein einziges weiteres AKW überhaupt zu planen.

Infos zum Film „Unser gemeinsamer Widerstand“ stehen auf der Webseite

www.antjeundieter.de unter der Rubrik Film-Reise – er kann kostenlos für Veranstaltungen und in Schulen angefordert werden.

Vom Anti-Atom-Camp im Münsterland www.antiatomcamp.nirgendwo.info ,

wo im Juli 2013 auch unser Film gezeigt wurde (siehe Film-Reise-Bericht:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Anti-Atom-Camp-Metelen.pdf>) haben wir

das nachfolgende Plakat als weiteres Zeitdokument in unsere Begleitexponate zum Film aufgenommen mit der aktuellen Aussage: **Atomausstieg? Alles Lüge!**

campen gegen atomkraft



Anti-Atom-Camp im Münsterland

Fr 19. - Sa 27. Juli 2013
in Metelen



VISdP, Hanna, Poddig, SoFA, Club Courage,
Friedensstraße 42, Münster



antiatomcamp.nirgendwo.info

